Hamburg, 24. Dezember 1927 — 41. Jahrgang. Nummer 51

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postscheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Unsere Weihnachtsbotschaft.

Seit fast zwei Jahrtausenden hallt das Lied „Friede auf Erden!" durch die Menschheitsgeschichte, und alljährlich am Weihnachtstage schallt es von allen christlichen Kanzeln: „Friede den Menschen auf Erden!" Aber bislang ist dieser Wunsch noch nicht erfüllt worden, der Ruf nach Menschenfrieden und Menscheneinkracht ist wirkungslos verhallt. Haß und Hader, Kampf und Streit durchwogt die Welt, wie wilde Tiere und erbitterte Feinde stehen sich die Menschen gegenüber und zerfleischen sich bis aufs Blut. Nirgends sehen wir das Evangelium der Menschenliebe verwirklicht, das der Heiland predigt, nirgends finden wir das Reich der Gerechtigkeit, das er verheißen hat. Es war ein Wahn, dem die Menschheit huldigte, daß der Weltenfriede sich aus himmlischen Höhen herabsenken würde auf die durch Zwietracht zerrissene Erde; es war auch ein Wahn, daß es möglich sein werde, durch Predigen und Mahnen die Menschen friedliebend und friedfertig zu machen. Schon die großen Lohnkämpfe und Aussperrungen der letzten Zeit, die das brutale Gebaren der Geldprotzen der schaffenden Arbeit gegenüber beleuchteten, zeigten, welche tiefe Kluft die Menschen trennt. Der Sozialismus hat erkannt, daß nur eine grundlegende Veränderung unserer rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse imstande ist, den Menschen den Frieden zu bringen. Erst wenn ein gutes Erdreich geschaffen worden ist, in dem gesunde Menschen wachsen, erst wenn Zustände herbeigeführt worden sind, in denen die Keime der Selbstsucht und der Erwerbsgier, der Mißgunst und des Hasses keine Nahrung mehr finden, wird der Friede einkehren in die Menschenherzen. Dann erst wird es möglich sein, das menschliche Zusammenleben auf die Grundlage des Solidarismus, der Gerechtigkeit und der Menschenliebe zu stellen. Dann erst wird das Weihnachtswort: „Friede den Menschen auf Erden!" zur Wahrheit werden.

Heute ist die Welt noch weit von diesem Zustande entfernt; denn die Wirkungen eines jahrelangen Weltkrieges, der Leichen auf Leichen gehäuft, der Ströme von Blut vergossen hat, unendliches Leid, Not und Elend in die Menschheit gebracht, sind noch lange nicht behoben. Trotz des Friedensvertrages stehen sich die meisten Länder schwer gerüstet gegenüber; noch stehen Tausende fremder Soldaten auf deutschem Boden, gegenseitiges Mißtrauen läßt die Völker nicht zum Frieden kommen. Da ist es der Wunsch und die Hoffnung aller ehrlichen, gerecht denkenden Menschen, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem in den Massen der Abscheu gegen den Krieg mit elementarer Gewalt zum Ausdruck kommt und den herrschenden Klassen ein donnerndes Halt zuruft. Wenn erst die Massen, des Völkerhasses überdrüssig, die Gewaltmenschen zum Teufel jagen und die Lenkung ihrer Geschicke selbst in die Hand nehmen, dann erst wird der Völkerfriede und der internationale Solidarismus aus einem frommen Wunsch in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Bis dies geschieht, bleibt dem schaffenden Volke nichts anderes übrig, als den Gedanken des proletarischen Solidarismus zu propagieren und vor allem alle Gegensätze in der gesamten Arbeiterbewegung zu überbrücken.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft ist Gegner jeder wirtschaftlichen Ungleichheit, deren Ursache in dem Privatbesitz der Gütererzeugungsmittel ihren Ausdruck findet. Solange eine kleine Anzahl unserer Mitmenschen sich dadurch Reichtümer anhäuft, daß große Volksschichten in langer Arbeitszeit für niedrigen Lohn Werte schaffen, kann von einem „Wohlgefallen den Menschen" nicht gesprochen werden.

Werdet Kämpfer! Schließt Euch zusammen zur Beseitigung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen, muß unsere Losung sein!

Weihnachtsabend ...

Weihnachtsabend. — Durch Nacht und Zeit
Klingt trauliches Weihnachtsglockengeläut',
Und es ertönt der gedämpfte Gesang
Der frohen Verheißung an Giebeln entlang ...

Weihnachtsabend. — Friede auf Erden,
Friede soll allen Menschen werden. —
Also flüstert der fromme Gesang,
Sehnsuchtsvoll gläubig und hoffnungsbang ...

Weihnachtsabend. — In heiligen Hallen
Träumt es: Der Menschheit ein Wohlgefallen,
Träumt es im Rhythmus gedämpfter Töne
Von Menschenglück und von Erdenschöne ...

Weihnachtsabend. — Im Lichterglanz
Grünet der Hoffnung hellschimmernder Kranz,
Freude schwillt auf, der Tannenbaum glüht,
Zukunftsvertrauen die Herzen durchzieht!

Weihnachtsabend. — Zukunftsvertrauen
Tut not, um die schönere Zukunft zu bauen. —
Doch Hoffnung ist trügerisch, Hoffnung wird fad,
Wenn dem Wunsche nicht folgt die befreiende Tat!

Weihnachtsabend. — O träumet nicht!
Rafft Euch zur Tat auf und säumet nicht!
Ihr könnt den Frieden Euch nicht ersingen —
Ihr müßt darum kämpfen, Ihr müßt ihn erringen!

Einig, geschlossen in dichten Reihen,
Müßt Ihr dem Kampf um den Frieden Euch weihen.
Wollt Ihr den Frieden, Ihr Männer und Frauen,
Müßt Ihr Euch selber das Friedenshaus bauen!

Noch sind die Dämonen der Zwietracht am Werke,
Noch wütet das Unrecht mit grausamer Stärke,
Noch stöhnet die Menschheit im schmutzigen Kot
Unwürdiger Knechtschaft, Entsagung und Not!

Drum trotzig zum Kampfe! Das Ziel ist groß!
Nur selber schmiedet Ihr Euch Euer Los!
Seid einig und kampffroh in allen Dingen,
Dann werdet Ihr Frieden und Freiheit erringen!

Weihnachtsabend. — Ein letztes Licht
Flackert voll Ohnmacht, die Flamme bricht —
Dunkelheit webt wie im finsteren Schacht,
Flüsternd umhüllt uns die düstere Nacht ...

Da — ein Schimmer! Das Dunkel entflieht,
Leuchtend und strahlend der Sonnenball zieht
Ueber die Erde in purpurner Pracht —
Und das Volk dieser Erden erwacht!

Sieghaft stürzt es die Tyrannei!
Freudig jauchzt es: Die Menschheit ist frei!
Und erlöst aus des Mammons gierigen Krallen
Lacht allen Friede und Wohlgefallen!

Taeß.

Wir richten diese Mahnung an alle, die unter der bestehenden Ordnung seufzen. Jahrzehnte schon wird der Ruf an die Enterbten gerichtet, sich gewerkschaftlich und politisch gegen die Machthaber in Wirtschaft und Gesellschaft zu organisieren. Heute bestehen überall unsere freien Gewerkschaftsverbände, die mit Kräften die Lebenshaltung ihrer Mitglieder fördern. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ist unser Einfluß fühlbar. Heute gibt es kein Parlament mehr, in dem nicht unsere Vertreter an den Geschicken des Reiches, der Länder und Gemeinden mithelfen. Wenn leider noch nicht überall genügend von der Wirksamkeit zu spüren ist, so liegt dies an der Wählerschaft selbst, die, obwohl zu 90 % proletarisiert, nicht einmal zu 50 % für die Vertreter der Sozialdemokratie stimmte. Diese Unterlassungssünde rächt sich jetzt auf den Gebieten des Steuerwesens, der Wohlfahrtspflege, des sozialen Fürsorgewesens, im Jugendschutz, kurz bei allen Fragen des öffentlichen und persönlichen Rechts. Bei der Regelung unserer wirtschaftlichen Interessen durch die Gewerkschaften kommen stets wieder die Unzulänglichkeiten der zahlenmäßig kleineren Abgeordnetenziffer zum Ausdruck.

Die Lohnverhandlungen, die geführt werden, können heute nicht mehr anders erledigt werden als mit den Vertretern der freien Gewerkschaften. Denken wir nur an unsern Beruf. Noch vor zwanzig Jahren fast überall schärfster Widerstand gegen unsern Verband als Faktor zum Abschluß tariflicher Lohn- und Arbeitsbedingungen. Seit siebzehn Jahren Reichstarifvertrag. Soweit dieser nicht übergreift, bestehen örtliche oder bezirkliche Tarife. Das beweist, daß die organisierte Arbeiterschaft ein Machtfaktor geworden ist. Möchte sie es nur allerorts bis auf den letzten Mann erkennen, dann werden auch unter den bestehenden Verhältnissen noch weitere Verbesserungen geschaffen werden. Darum unsere Mahnung:

Hinein in unsern Verband und mitgearbeitet!
Das soll unsere Weihnachtsbotschaft sein.

Weitere Ungerechtigkeiten bei der Durchführung der Reichsarbeitslosenversicherung gegen Arbeiter des Malergewerbes.

Dem in Nr. 50 des „Maler" behandelten Unrecht der Verweigerung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung an Malergehilfen, die sich weigern, für sie ungeeignete Arbeiten auszuführen, ist jetzt ein neues Unrecht gefolgt durch die Herausgabe von Ausnahmebestimmungen gegen Saisonarbeiter, zu denen man unsere Kollegen mitzählt, die einen ganz ungeheuerlichen Mißgriff des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung darstellen. Der Verwaltungsrat hat die Wartezeit für Arbeitslose neu geregelt, und zwar hat er bis zum 31. März 1928 grundsätzlich die bisherigen Wartezeiten aufrechterhalten. Diese Wartezeiten betrugen generell drei Tage, während das neue Gesetz grundsätzlich sieben Tage Wartezeit vorsieht. Dagegen bringt nun eine neue Verordnung des Verwaltungsrates die Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter, worunter auch wieder unsere Berufskollegen eingereiht werden. Bei den Saisonarbeitern, deren Arbeitslosigkeit auf Witterungseinflüsse zurückzuführen ist, soll nach Beschäftigung von mindestens sechs Monaten eine Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen und nach einer Beschäftigung von mindestens acht Monaten eine solche von drei Wochen eintreten. Für andere Saisonarbeiter kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes die Wartezeit bis zu drei Wochen verlängern. In dem einen wie in dem andern Fall darf die Verlängerung der Wartezeit jedoch nicht eintreten, wenn der Saisonarbeiter in der stillen Zeit in irgendeinem andern Gewerbe Ersatzarbeit zu übernehmen pflegt. Ebenso darf die Wartezeit immer nur einmal verlängert werden, das heißt also nicht nochmals aufs neue, wenn der Saisonarbeiter vorübergehend wieder Arbeit bekommen hat.

So begrüßenswert es ist, daß der Verwaltungsrat im allgemeinen die dreitägige Wartezeit aufrechterhalten will, so bedauerlich ist seine Ausnahmebestimmung für die Saisonarbeiter, unter der vor allem die Bauarbeiter schwer zu leiden haben werden. Hoffentlich legen die Arbeitsämter die neuen Bestimmungen möglichst sozial und weitherzig aus, damit nicht die Verordnung, die am 12. Dezember in Kraft tritt, zu unerträglichen Härten für eine ganz bestimmte Kategorie von Arbeitslosen führt. Noch besser wäre es, wenn der Verwaltungsrat seinen Fehler schnell wieder gut machen würde. Doch ist das kaum anzunehmen, da die in ihm mitwirkenden Arbeitervertreter schon alles nur mögliche versucht haben, um diesem neuesten Streich, unter anderm auch gegen die Bauarbeiterschaft, abzuwehren, der, wie zahlreiche Zuschriften uns bereits zeigen, lebhafteste Verbitterung in unsern Kollegenkreisen hervorruft.

Wir kommen auf die Angelegenheit, wie auch auf die übrigen, im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung stehenden Fragen, an denen unsere Kollegen interessiert sind, noch eingehend zurück.

Konjunkturbericht vom Monat November.

Unsere Erhebung über den Geschäftsgang im Malergewerbe, an der für den Monat November 43 Filialen mit 135 Betrieben beteiligt waren, spiegelt die infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit auf unserm Beruf lastende Depression deutlich wider. Die Steigerung der Beschäftigtenzahl, absolut von 3905 auf 4603 oder von 32,3 auf 34,8 pro Betrieb, ist aber nicht auf bessere Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern nur darauf zurückzuführen, daß diesmal eine Anzahl von Berliner Großbetrieben mit erfaßt wurden, die mit ihren hohen Belegschaftszahlen (ein Betrieb mit über 400 Beschäftigten) das Resultat in dieser Beziehung zum Scheine günstig zu beeinflussen vermochten. Ein wesentlich anderes Bild zeigt die Fluktuation in den Betrieben. Zwar wurden im Laufe des Monates in 54 Betrieben immer noch 322 oder durchschnittlich 2,4 Personen pro Betrieb eingestellt; aber in derselben Zeit sind von 103 Betrieben 981 Personen oder 7,1 pro Betrieb entlassen worden. Unverkennbar zeigt sich die eingetretene Verschlechterung in dem zahlenmäßigen Abflauen des Beschäftigungsgrades. So wird der Geschäftsgang am Ende des Monates für 4,4 % der Betriebe mit 5,3 % der Beschäftigten mit **sehr gut**, für 34,1 % der Betriebe mit 50,4 % der Beschäftigten mit **gut**, für 41,5 % der Betriebe mit 34,2 % der Beschäftigten mit **befriedigend** und für 20 % der Betriebe mit 10,1 % der Beschäftigten mit **schlecht** beurteilt. Noch ist die Lage wesentlich günstiger als im Vorjahr, wenn auch in den letzten Monaten ein erhebliches Abflauen der beruflichen Konjunktur festgestellt werden muß. Aber unser Gewerbe hat bisher ja überhaupt noch keinen rechten Anteil an der allgemeinen guten Wirtschaftslage dieses Jahres gehabt. Und wenn schon heute eine neue Krise ihre Schatten vorauszuwerfen scheint, so ist nur zu hoffen, daß wir zuvor über den Winter — die schlechteste Jahreszeit für die Arbeiterschaft und für uns Maler im besonderen — hinauskommen. Noch ist es nicht ausgeschlossen, daß die heraufziehenden Schwierigkeiten überwunden und damit die Gefahren einer neuen Krise beseitigt werden können. Die nachstehende Uebersicht ermöglicht unsern Kollegen genaue Feststellungen über den Verlauf der Konjunkturkurve seit Oktober 1926.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit: sehr gut		gut		befriedigend		schlecht	
	in Prozent der							
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten
1926 Oktober	4,7	5,3	26,0	31,3	50,8	47,8	19,5	15,1
November	3,0	7,5	15,0	25,3	54,2	49,4	27,8	17,8
Dezember	—	—	6,9	8,9	48,5	64,0	44,6	27,1
1927 Januar	—	—	6,6	12,0	40,0	44,0	53,4	44,0
Februar	1,5	5,1	12,1	16,6	50,8	55,8	35,6	22,5
März	8,9	9,9	46,0	58,6	37,0	28,9	8,1	2,6
April	15,4	18,0	47,1	52,6	36,0	28,5	,5	0,9
Mai	17,9	21,8	60,2	62,0	19,5	13,9	2,4	2,3
Juni	14,5	19,8	45,1	51,3	32,0	25,3	8,4	3,6
Juli	21,8	23,0	40,3	52,0	34,7	23,7	3,2	1,3
August	18,5	26,1	36,1	37,8	44,6	35,6	0,8	0,5
September	16,1	16,0	37,9	48,5	42,0	32,7	4,0	2,8
Oktober	8,3	10,6	38,8	42,8	44,6	41,5	8,3	5,1
November	4,4	5,3	34,1	50,4	41,5	34,2	20,0	10,1

Ueberstunden wurden nur von einem Betriebe mit 402 Beschäftigten gemacht. Dagegen ist in 30 Betrieben mit 1378 Beschäftigten die verkürzte Winterarbeitszeit eingeführt, während 75 Betriebe mit 2349 Beschäftigten die Frage nach einer verkürzten Arbeitszeit verneint und die restlichen 30 Betriebe mit 876 Beschäftigten überhaupt nicht beantwortet haben.

Nachdem am 1. Oktober die zweite Rate der von den zentralen Tarifinstanzen im Frühjahr 1927 festgesetzten Lohnerhöhung in Kraft getreten ist, stellen wir in nachstehender Tabelle die Stundenlöhne am Jahresschluß 1926 beziehungsweise Ende November 1927 in Lohngruppen von je 10 ₰ Differenz nebeneinander. Danach betrugen die tariflichen Stundenlöhne der durch unsere Konjunkturstatistik ermittelten Beschäftigten:

	bis zu 90 ₰	91 bis 100 ₰	101 bis 110 ₰	111 bis 120 ₰	121 bis 130 ₰	über 130 ₰
	in Prozenten der Beschäftigten					
Ende 1926	9,3	10,3	11,3	36,8	32,3	—
November 1927	—	8,3	12,9	15,4	36,2	27,2

Eine Darstellung der ersten Lohnerhöhung ist in diesem Zusammenhang deshalb nicht gut möglich, weil unsere Erhebungen durch den Konjunkturbericht Lohngebiete aus allen Bezirken umfassen, während die Lohnzulagen in den einzelnen Vertragsgebieten zu verschiedener Zeit festgesetzt und zu verschiedenen Terminen in Kraft getreten sind. So war unter dem Reichstarifvertrag der 30. April und der 1. Oktober, unter dem schlesischen Landestarif der 2. Mai beziehungsweise der 1. Oktober als Termin für die Lohnerhöhungen festgesetzt, und in Rheinland-Westfalen hatten gesonderte Verhandlungen den 10. Juni und den 2. September vorgesehen. Soviel wir beobachten konnten, sind die Abmachungen im allgemeinen glatt und ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt worden, und damit ist zum Teil ein Ausgleich für die fortdauernd steigende Verteuerung der Lebenshaltung geschaffen worden, der zwar nicht alle Wünsche erfüllt hat, aber nur möglich war, weil sich die Organisation mit ihrer ganzen Kraft für diesen zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Schritt eingesetzt hat. Es soll zugegeben werden, daß die Löhne unterdessen von der Teuerung wieder überholt wurden, um so mehr das Einkommen in unserm Malergewerbe durch die verkürzte Winterarbeitszeit nicht unerheblich unter dem Normaleinkommen ähnlicher Arbeiterkategorien zurückbleibt. Ein Angleichen an die weitere Verteuerung der Lebensmittel und übrigen Bedarfsartikel wird bei einem Wiederaufleben der Konjunktur möglich sein, wenn alle Kollegen dauernd ihre Verpflichtungen gegen die Organisation erfüllen und dem Verbande alle Berufsangehörigen als Mitglieder zuführen. Damit fördern sie aber auch die beruflichen und kulturellen Bestrebungen, und den fortgesetzten Bemühungen der vereinten Kräfte in der Organisation wird es gelingen, für das Malergewerbe den schädigenden Saisoncharakter in absehbarer Zeit gänzlich zu beseitigen.

Angriffe auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik.

Am 30. März 1926 wurde auf Anweisung des Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller das nachstehende Schreiben zugestellt:

Betr. Tariflohnpolitik. Nachstehend geben wir Ihnen Kenntnis von einem Schreiben, das der Vorsitzende des Gesamtverbandes Herr Geheimrat E. v. Borsig an den Verband Berliner Metallindustrieller gerichtet hat. Die darin entwickelten Gesichtspunkte erscheinen außerordentlich beachtlich. Wir bitten deshalb, mit allem Nachdruck nicht nur auf den Abbau der Akkorde, sondern auch auf die Herabsetzung der Tariflöhne hinzuwirken.

Diese Auffassung der deutschen Industriebarone deckt sich mit der Ansicht des Engländers Sir William Petry, der bereits 1691 ausführte: „daß der nationale Reichtum eines Landes vermehrt wird, wenn man hohe Steuern auf die Lebensmittel legt. Bei den hohen Preisen würden die Menschen ihr Geld in weniger vergänglichen Gütern anlegen. Bei hohen Löhnen würde die Arbeiterschaft ein ausschweifendes Leben führen und nicht an Arbeiten, sondern meist nur an Essen und Trinken denken".

Die deutschen Unternehmer stehen also heute nach fast 240 Jahren immer noch auf dem Standpunkt dieses Engländers. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Nach ihrer Meinung ist eine Gesundung der Wirtschaft nur durch „niedrige Löhne und lange Arbeitszeit" möglich.

In Deutschland befinden wir uns nun gegenwärtig noch in einer guten Konjunktur. Die Zahl der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Hauptunterstützungsempfänger ist seit Monaten erheblich zurückgegangen; soweit in den letzten Wochen eine Zunahme der Erwerbslosigkeit eintrat, ist sie auf saisonmäßige Ursachen zurückzuführen. Der Auftragbestand der Industrie ist allgemein gut; die Gewinne sind gestiegen. Die Bildung von Eigenkapital (auf Kosten der Arbeiterschaft) ist vorwärtsgeschritten. Auch der Landwirtschaft geht es gut, trotz allem Geschrei des Reichslandbundes über Mißernten usw.

In der Industrie trägt die Rationalisierung ihre Früchte für den Unternehmer. So ist zum Beispiel im Bergbau die Fördermenge in Niederschlesien um 15 %, in Deutsch-Oberschlesien um 16 % und im Ruhrgebiet um 20 % größer als im letzten Vorkriegsjahr. Der Schichtförderanteil ist im westelbischen Braunkohlenbergbau um 43,4 %, im Kölner Braunkohlengebiet um 70 % und im ostelbischen Revier um 76,3 % gestiegen. Seit dem Jahre 1925 ist bereits das Niveau der Förderung von 1913 überschritten. Trotzdem schreien die Grubenbarone wieder nach Erhöhung der Kohlenpreise, nachdem den Bergleuten endlich ein Lohnausgleich gewährt werden mußte.

Was die Frage der Qualitätsarbeit anbelangt, so sprechen heute selbst die Unternehmer der deutschen Arbeiterschaft ihr Lob aus. Auf der Frankfurter Industrietagung erklärte der Direktor Krämer: „Deutschland, das an Güte seiner Betriebseinrichtungen, an Intelligenz und Sachkunde seiner Betriebsleiter, an Fachausbildung und Fleiß seiner Arbeiterschaft von keinem Volke der Welt übertroffen wird, kann seine Stellung auf dem Weltmarkte zurückerobern usw." Und Legationsrat Dr. Bücher kennzeichnete den Weg Deutschlands vor 1914 wie folgt: „Die Leistung des Individiums aber wiederum ist von vielen Faktoren (Milieu, Erziehung, Begabung usw.) abhängig. Faktoren, die wir zum Teil nicht willkürlich beeinflussen können. Daß die gemachten Fortschritte aber nicht nur den Unternehmern zu verdanken sind, mag offen zugegeben werden."

Es wäre nun zu wünschen, daß man der deutschen Wirtschaft weitere Fortschritte ermöglicht, und auch die Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg schafft. Da bemerken wir aber wieder etwas sehr Merkwürdiges. Die „Volkswirtschafter" auf Unternehmerseite reden — getreu ihrem bisher eingenommenen Standpunkt — nunmehr von einer Stabilisierung der Löhne, da angeblich nur dadurch die gegenwärtig gute Konjunktur zu erhalten sei. Wenn aber die Unternehmer demgegenüber nach der Verwendung ihrer Gewinne gefragt werden, so sind sie sofort mit einer Auslegung der Dawesgesetze zur Hand, um nachzuweisen, daß die Belastung der Unternehmer die Grenze des Erträglichen bereits überschritten hat. Wie sieht es in Wirklichkeit damit aus? Aus den erfolgten Reparationszahlungen ergibt sich, daß von der Industrie 300, von der Reichsbahn 715, aus der Beförderungssteuer 310, aus dem Haushalt 500 und aus dem Reservefonds des Haushalts 76,2 Millionen Mark aufgebracht wurden. Insgesamt sind also 1 901 200 000 Mark geleistet, die zum überwiegenden Teil den Massen aufgebürdet sind.

Auch die Zahlen des Reichshaushalts geben der Arbeiterschaft sehr zu denken. Die 240 Millionen Etatsüberschuß der Reichseinnahmen sind fast vollständig Mehreinnahmen durch Zölle und Verbrauchsabgaben. Die gesamten Reichssteuereinnahmen von April bis September 1927 sind mit 1 464 000 000 Besitzbelastung und mit 2 650 000 000 Mark Massenbelastungen. So bringen die Lohnsteuern allein 640, die Zölle 628, die Verbrauchssteuern 825, die Umsatzsteuer 372 und die Beförderungssteuer 181 Millionen Mark. Der Reparationsagent warnte in seinem Schreiben an den Reichsfinanzminister vor einer weiteren Ueberlastung des Reichshaushalts. Es scheint, als ob er daran erinnern will, daß die im Dawesgutachten festgelegten Grundsätze eingehalten werden müssen, wonach die Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland nicht unter die der übrigen Länder sinken soll. Schon auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf wandte man sich gegen das heutige Schutzzollsystem der einzelnen Länder, da die Entwicklung des internationalen Handels durch überhohe Zolltarife gehemmt werde. Die deutsche Regierung hat in einer öffentlichen Erklärung ihre Anerkennung zu diesen Beschlüssen erklärt, und es wäre nun endlich an der Zeit, die Zollschranken zu senken oder zu beseitigen und dadurch die Verbraucher in ihrer Kaufkraft zu heben.

Es soll anerkannt werden, daß unsere Währung immer noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Unsinnig ist aber das Gerede von einer neuen Inflation, das immer wieder auftaucht, wenn Lohnerhöhungen gefordert werden. Unsere Wirtschaftsgesundung wird selbst im Auslande anerkannt. Die aufgenommenen Anleihen für den Staat, für Gemeinden, für die Industrie und Banken wurden zum großen Teil überzeichnet. Der Riesenanteil aller Anleihen wurde in Neuyork untergebracht. Das bedeutet für Amerika ein glänzendes Geschäft; denn die Käufer europäischer Anleihen erhalten für ihr Geld nicht etwa nur den niedrigen in Amerika geltenden Zinssatz, sondern so hohe Zinsen (bis 10 %), wie sie nur in Deutschland unter dem Geldmangel üblich geworden sind. Die Laufzeiten dieser sogenannten Tilgungsanleihen, das heißt neben den Zinsen werden die Anleihen ratenweise abgetragen, sind kurz. Sie betragen 10 bis 25 Jahre, und nur die Rentenbankanleihe läuft 33 Jahre. Die Rentenbank aber gibt den Erlös der Anleihe mit 91 % an die Landwirtschaft weiter, und für dadurch erhebliche Verbilligungen der Zinskosten herbei, indem kurzfristige Schulden in langfristige Darlehen umgewandelt werden. Richtig ist allerdings, daß durch die Anleihepolitik die Verschuldung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas an Amerika ins Riesenhafte wächst. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der große Zustrom von Auslandsanleihen in Deutschland selbst zinsverbilligend, konjunkturanregend und kapitalbildend gewirkt hat. Deutschland konnte in der Nachkriegszeit bei seinem Geldmangel nicht auf die Zufuhr ausländischen Kapitals verzichten. Umgekehrt dürften aber auch erhebliche deutsche Werte (nach zuverlässigen Schätzungen etwa 20 Milliarden) im Auslande angelegt sein.

Bei der Anleihepolitik ist allerdings eine genaue Prüfung notwendig, ob der Verwendungszweck des Kapitals dringend oder unaufschiebbar ist und ob die Anleihen produktive Verwendung finden. Unsere Währungsverhältnisse könnten gesünder gestaltet werden durch eine vernünftige Bankenpolitik. Die Börsen aber zeigten in der letzten Zeit fast phantastische Ergebnisse. Vor allen Dingen soll vermieden werden, daß durch die nunmehr eingetretene Diskonterhöhung eine Kreditverteuerung oder Kreditverknappung und dadurch Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft eintritt. Die jetzt am Wirtschaftshorizont auftauchenden Gefahren, die leicht zu einer Beseitigung der guten Konjunktur führen können, sind durch vernünftige Währungs- und Wirtschaftspolitik zu bannen. Nun wäre es Zeit, Entscheidendes zu einer Preissenkung zu unternehmen, und dadurch der Kartell- und Syndikatspolitik zum Segen des Gesamtvolkes mit einiger Aussicht auf Erfolg entgegenzuwirken.

Soll die Bildung von Eigenkapital weiterhin nicht lediglich auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger vor sich gehen, so muß sich die gesamte Arbeiterschaft endlich mit Kraft und Entschlossenheit für die Besserung ihrer Lebenslage einsetzen. Jeder ernstzunehmende Volkswirtschafter erkennt heute die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne an. Das vorzügliche, kürzlich von Kurt Massar im Verlag des ADGB. erschienene Schriftchen schafft hier wichtige Aufklärung. Wir wagen zwar nicht zu hoffen, daß daraus die Unternehmer in ihrer Gesamtheit viel lernen werden. Wenn sich bisher einzelne Unternehmer für Lohnerhöhungen zur Belebung des Innen- und Außenmarktes ausgesprochen haben, so fanden sie in ihren Reihen scharfe Gegnerschaft. Die Arbeiter werden deshalb in Zukunft alle Kräfte einzusetzen haben, um den herrschenden privatwirtschaftlichen Standpunkt der Unternehmer — der sich ja auch in den Regierungshandlungen zeigt — zu bekämpfen und das volkswirtschaftliche Prinzip in den Vordergrund zu rücken. Aus eigener Kraft müssen auch wir die Voraussetzungen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen. Unsere vornehmste Aufgabe muß es sein, alle aus ihrer Trägheit aufzurütteln, die bisher noch nicht für unsere Ziele gewonnen werden konnten. Einheitlich und geschlossen in der Organisation und klar in unserm Wollen müssen wir sein, nur dann können wir den politischen wie den wirtschaftlichen Gegnern erfolgreich standhalten. Daran ist jeder Arbeitskollege mitsamt seiner ganzen Familie interessiert und deshalb ist auch die Mitarbeit aller Werktätigen geboten!

A. J.

Sozialismus und öffentliche Betriebe.

Der Sechste deutsche Bauhüttentag, über dessen Verlauf wir bereits berichtet haben, wurde mit einer Kundgebung eröffnet, zu der Genosse Robert Schmidt, Reichswirtschaftsminister a. D., das Referat übernommen hatte. Er sprach über den „Kampf der kapitalistischen Interessenverbände gegen die Gemeinwirtschaft". Eingangs seiner Ausführungen erinnerte Genosse Schmidt an die Kundgebung der großen wirtschaftlichen Interessenverbände vom 10. November 1926 gegen die Betriebe der öffentlichen Hand. Die Agitation dieser kapitalistischen Interessenverbände gegen die vom Reich, von den Ländern und Gemeinden betriebenen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, gegen die öffentlichen Verkehrsbetriebe, die Bankunternehmungen des Reiches und der Länder usw. hatte weite Kreise gezogen. Die Haltung des Reichsbankpräsidenten gegen die Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Gemeinden ist ein Niederschlag dieser Agitation. Wie außerordentlich schädlich die Unterbindung dieser Kredite ist, dafür gibt besonders Berlin ein krasses Beispiel, wo wichtige Bauten unterbrochen werden müssen, weil der Stadt Berlin die Mittel dazu vorenthalten werden.

Die kapitalistischen Interessenverbände behaupten, daß durch die Betriebe der öffentlichen Hand die private Initiative zurückgedrängt, der selbständige Mittelstand gefährdet werde und daß die öffentlichen Unternehmungen sich vielfach zum Schaden der Konsumenten entwickeln. Wie steht es damit? Beobachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, dann muß festgestellt werden, daß die Einzelunternehmungen immer mehr zurückgedrängt werden und Aktiengesellschaften und großen Konzernen Platz machen. Im Vergleich zur Berufszählung von 1907 ist bis 1925 die Zahl der Selbständigen in Industrie und Handwerk um 28 071 zurückgegangen, während die Bevölkerung um 13,5 % zugenommen hat, so daß im Verhältnis zur Bevölkerung

nahme die Anzahl der Selbständigen in Wirklichkeit um 270 425 hätte zunehmen müssen. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der Direktoren und leitenden Beamten um 9972, die der Hausgewerbetreibenden um 87 356 zugenommen.

Das sind sozial gehobene, wirtschaftlich aber unselbständige Existenzen, die das Reichsstatistische Amt merkwürdigerweise unter die „Selbständigen" gruppiert. Dieses Zurückdrängen der wirtschaftlich Selbständigen ist aber nicht zurückzuführen auf die Unternehmungen der öffentlichen Hand, sondern auf die neuen Formen des kapitalistischen Kollektivismus. Durchaus widerspruchsvoll ist der Kampf des Mittelstandes gegen die Genossenschaften; denn der Mittelstand bedient sich selbst mit vollem Recht des Genossenschaftssystems. So beträgt die Zahl der Genossenschaften des Handwerks 3500, darunter etwa 1400 Kreditgenossenschaften und 1800 Warengenossenschaften. Auch der Reichslandbund ist zum Zweck des Ein- und Verkaufes und der Beschaffung von Kreditgenossenschaften gegründet, wogegen der Großhandel vergeblich Protest erhebt. Die industriellen Großbetriebe gehen immer mehr zur Ausschaltung des Großhandels über. So vertreibt die Rohstahlgemeinschaft ihre Produkte und geht jetzt dazu über, auch den Schrottaufkauf in die Hand zu nehmen. Dasselbe sehen wir im Kohlenbergbau. Gegen diesen kapitalistischen Kollektivismus spricht man nicht. Einschränkung der Betriebe der öffentlichen Hand? Wie kann man darauf verzichten, daß die natürlichen Reichtümer eines Landes, wie Kohle, Kali, Petroleum usw., unter die Kontrolle der Allgemeinheit kommen? Ebenso steht es mit den Wasserkräften. Kein privater Besitz läßt sich auf diese natürlichen Kräfte begründen.

Der Referent zeigte dann auf, wie die Elektrizitätserzeugung immer mehr in die Hände der Gemeinwirtschaft übergeht, ebenso wie die Gas- und Wasserwerke. Die Gaswerke der Gemeinden werden jetzt durch die Gasfernversorgung bedroht. Wenn die Gasfernversorgung wirtschaftlich rationeller ist, dann werden wir uns ihr nicht widersetzen. Aber wir müssen dann verlangen, daß diese Gasfernversorgung nicht zu einem privaten Monopol wird, sondern unter die Kontrolle der Gemeinden kommt. Diese Entwicklung sehen wir im Verkehrswesen, wo 1925 92,13 % der Schienenlängen in öffentlicher Hand waren. Besonders stark ist diese Entwicklung bei den Straßenbahnen zu beobachten, wo 1913 in 25 Großstädten 50 % der öffentlichen Hand gehörten, während es 1925 bereits 72 % waren und 21 % gemischtwirtschaftlichen Betrieben gehörten. Auch im Kraftwagenverkehr ist dieselbe Entwicklung zu beobachten. Im Verhältnis zur Gesamtproduktion ist der Anteil dieser Betriebe allerdings noch gering.

Aber wir sehen doch den Fortschritt zum Sozialismus. Gewiß handelt es sich hier nicht um eigentlich sozialistische Betriebe; aber während der Uebergangsperiode wird es sich nicht vermeiden lassen, was ja auch in Rußland bisher geschehen ist, Staatsbetriebe zu errichten. Diese Betriebe der öffentlichen Hand, obwohl sie notgedrungen zu Steuerquellen werden, arbeiten billiger als private Monopolbetriebe. Das sehen wir besonders in Berlin, wo neben den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken der Stadt Berlin noch private Monopolbetriebe für die Gemeinden bestehen, die ganz wesentlich teurer sind als die Unternehmungen der Gemeinden. Zu diesen öffentlichen Betrieben kommen noch die Betriebe, die der Initiative der Arbeiterschaft entspringen, und das sind die Genossenschaften.

Die Genossenschaften, insbesondere aber die große Bauhüttenbewegung, zeigen, daß wir durchaus in der Lage sind, sozialisierte Unternehmungen zu schaffen und sie nicht nur konkurrenzfähig gegenüber den privatkapitalistischen Unternehmungen zu erhalten, sondern, wie die Bauhüttenbewegung, vielfach besser und billiger zu arbeiten, als die privaten Konkurrenzbetriebe. Diese Genossenschaftsbetriebe geben uns auch das Vertrauen, daß wir die Fähigkeit und die Kraft besitzen, die privatkapitalistische Produktion hinüberzuleiten in die sozialistische Produktion.

Die Unfallverhütungsbilder sind im Auftrage des Verbandes Deutscher Berufsgenossenschaften durch die Unfallverhütungsbild-G. m. b. H., Berlin W. 9, herausgegeben.

Lohnbewegung

Gießen. (Lohnvereinbarung für Hilfsarbeiter.) Seither unterstanden die Löhne der Hilfsarbeiter im hiesigen Gebiet keiner tariflichen Regelung. Das hatte zur Folge, daß nicht nur die Entlohnung sehr unterschiedlich und völlig unzureichend war, sondern es wurde dadurch auch eine recht üble Schmutzkonkurrenz bei Uebernahme von Putzarbeiten gefördert. Nunmehr wurde auf der Grundlage eines vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruches zwischen der Maler- und Weißbindermeistervereinigung zu Gießen sowie den Firmen Chr. Schmidt und Josef Fink einerseits und unserm Verband, Filiale Gießen, anderseits eine Vereinbarung getroffen, wonach die Hilfsarbeiterlöhne wie folgt geregelt sind: über 20 Jahre 86 ₰, 19 bis 20 Jahre 84 ₰, 18 bis 19 Jahre 82 ₰, 17 bis 18 Jahre 62 ₰, 16 bis 17 Jahre 46 ₰, 15 bis 16 Jahre 36 ₰, 14 bis 15 Jahre 26 ₰. Die Firmen Gebrüder Nikolaus, Heinrich Laumspach, Heinrich Datz und Martin Abermann haben die Vereinbarung bis jetzt noch nicht anerkannt. Es wurde deshalb beim hessischen Staatskommissar, Dr. Bernheim (Schlichter), die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt. Hoffentlich wird unserm Antrage entsprochen, damit bald für alle Beschäftigten geregelte Lohnverhältnisse zustande kommen und die Ausnutzung der Hilfsarbeiter bei Ausführung von Putzarbeiten unterbunden wird. Es ist nun aber auch Pflicht aller in Weißbindergeschäften beschäftigten Hilfsarbeiter, sich restlos unserer Organisation anzuschließen. Nur dadurch wird die völlige Durchführung der tariflichen Löhne möglich werden.

Saarbrücken. (Tarifabschluß für das Saargebiet.) Nachdem schon vor einigen Wochen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, Abteilung Malerfachverband, ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, der sich in der Hauptsache auf die Stadt Saarbrücken beschränkte, ist jetzt auch für die übrigen Orte des Saargebietes durch eine Vereinbarung mit dem Malerfachverband der vereinigten Innungen des Saargebietes, Sitz Neunkirchen, ein Tarifverhältnis geschaffen worden. Damit ist nun endlich auch für das Saargebiet wieder eine tarifliche Ordnung an Stelle des tariflosen Zustandes der Nachkriegszeit getreten. Der Tarifvertrag ist aufgebaut auf der Grundlage des Reichstarifvertrages. Einige Bestimmungen, so die Regelung der Ferien, konnten allerdings noch nicht durchgesetzt werden. Es wird darum Aufgabe späterer Verhandlungen sein, durch weitere Verbesserungen den Vertrag immer mehr auszubauen. An der Kollegenschaft des Saargebietes liegt es jetzt, durch restlosen Zusammenschluß aller Kollegen die Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die restlose Angleichung an die tarifliche Ordnung im übrigen Reich zu schaffen.

Kollegen des Saargebietes! Hand ans Werk, und vorwärts zu weiteren Erfolgen!

Berufsunfälle

Bremen. Der Kollege Fr. Jäger war in der Tabakfabrik Brinkmann mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt. Beim Ausschlagen der Klitfalze eines Fensters glitt ihm das Stecheisen aus. Er zog sich erhebliche Schnittwunden an der linken Hand zu, wodurch er eine Woche arbeitsunfähig wurde.

Hamburg. Der Kollege E. Müller stürzte infolge eines Fehltrittes von einer Laufleiter und erlitt erhebliche Verletzungen, die ihn für längere Zeit arbeitsunfähig machten.

Neustrelitz. Bei Ausführung von Anstreicharbeiten im Lokomotivschuppen (Ausführung vom Privatunternehmer) verunglückte der einzige, hier am Ort noch nicht organisierte Maler Begert. Auf einer Brücke von 2 Böcken in über 3 m Höhe war ein Gerüst gebaut, das plötzlich nachgab. Der Verunglückte versuchte, sich durch Abspringen zu retten, was leider mißlang. Das eine Bein ist dreimal gebrochen, bei dem andern ist durch Schwellung noch nichts festzustellen. Die Schuld an dem Unglück konnte noch nicht festgestellt werden, da es der Filialverwaltung nicht möglich war, die Unglücksstelle in Augenschein zu nehmen. Kollegen, wahrt Eure Gesundheit! Denkt an Eure Familie!

Baugewerbliches

Eine Tagung der Dewog. Am 10. und 11. Dezember 1927 fand in Hamburg die Tagung der Gesellschaften und Genossenschaften statt, die der Deutschen Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter angehören. Der Zweck der Veranstaltung bestand darin, den an den einzelnen Orten für sich arbeitenden Baugenossenschaften Gelegenheit zum Austausch ihrer Erfahrungen zu geben und, darauf aufbauend, Richtlinen für die weitere Arbeit zu erlassen. Hierin hat die Tagung ihren Zweck im vollsten Maße erreicht. Daß die Dewog und die ihr angeschlossenen Gesellschaften und Genossenschaften in der kurzen Zeit ihres Bestehens Großes geleistet haben, beweist die Tatsache, daß die dem Verband angeschlossenen Untergesellschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit rund 10 000 Wohnungen fertigstellen konnten.

Die Oeffentlichkeit nimmt in immer stärkerem Maße Anteil an dem Wirken der Dewogorganisationen. An der Tagung nahmen eine größere Zahl Behördenvertreter teil, Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben gingen von vielen amtlichen Stellen ein. Darüber hinaus ließen sich auch die Institute vertreten, die den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau durch Hergabe erststelliger Hypothekengelder finanzieren, zum Beispiel die „Volksfürsorge" und der Zentralverband Deutscher Konsumvereine. Die Tagung nahm einen günstigen Verlauf und führte zu dem erstrebten engeren Zusammenschluß.

Am Sonntag fand in Hamburg eine öffentliche Kundgebung, verbunden mit einem Lichtbildervortrag,

---

In der Krippe geboren.

In der Krippe geboren zum Retter der Welt. Das ist der Grundgedanke der Weihnachtsgeschichte. Und man bringt sich ein Symbol dieses Weihnachtsgedankens ins Haus. Man stellt eine Krippe auf, in der ein Knäblein schlummert, und man läßt den Stern des Hoffens und des Glaubens über der Krippe leuchten und über diesem Ganzen den Weihnachtsbaum strahlen in Lichterpracht.

Doch so harmonisch weihnachtlich das Ganze auch aussieht, es ist dennoch so oft in einer Umgebung, die zu diesem Weihnachtsgedanken gar nicht paßt. Da im reichsten Hause eine Krippe! Da beim gesottenen Verdiener ein Kind in der Krippe, das die Liebe und den Frieden und die Gerechtigkeit versinnbildlichen soll! Seid doch ehrlich und laßt die Krippe aus eurem Hause!

Dennoch: mag sie auch in dem einzelnen Hause so oft als Spott und als Hohn und als Widersinn erscheinen, sie ist echt. So ist das Leben. So zerrissen in Klassen, in Arm und Reich, in Besitz und sozialer Unterdrückung.

Da die Weihnachtsfreude im behaglich erwärmten Hause und da im freudlosen Obdach Enterbte des Lebens. Dort Geschenke in Fülle, in Ueberfluß, und dort in der Familie so vieler Arbeitslosen kaum das Allernötigste. Ja, die Krippe in jenen Häusern ist echt.

Doch kann sie da Mahnung sein? Kann sie Warnung bedeuten? Kann sie helfen, das Herz zu ändern und den sozialen Sinn siegen zu lassen über den Geist des Verdienens?

Zwei Jahrtausende fast ist die Krippe diese Mahnung zum Frieden auf Erden und zum Menschenglück aller Welt, und doch waren diese 2000 Jahre voll Krieg und sozialer Entrechtung. Die Krippe kann nicht helfen, und wenn sie auch leuchtet im strahlendsten Weihnachtsglanz. Laßt Dienstag werden, [illegible] den weihnachtfeiernden Herrenmenschen sein Bureau betreten — und aller Krippennymbus ist dahin!

Die Weihnachtsgeschichte hat zu ihrer Ergänzung nötig die Erzählung von den Wechslern, die der groß gewordene Krippengeborene aus dem Tempel gejagt hat. Unter dem „Friede auf Erden" muß über der Krippe leuchten: Wehe euch, ihr Reichen! — Niemand kann Gott dienen und dem Mammon. Denn da, wo dein Schatz ist, da ist dein Herz.

Da, wo man den Mammon in seiner heutigen Art bekämpft, diese Wirtschaftsordnung des Kapitalismus, da ist der Krippengeborene neu erstanden. Da herrscht die Einheit von Liebe und Kampf, von „Friede auf Erden" und „Wehe euch!"

Und wie die Krippe des armen Knäbleins da mitten im Hause so vieler moderner Pharisäer und so vieler moderner Zöllner steht, so hat sich auch der Geist der Krippe da praktisch mitten hineingezwängt in diese Wirtschaftsordnung der modernen Pharisäer und Zöllner — durch uns. Wir wollen den Geist der Krippe wahr machen, indem wir ihn verbinden mit der kämpfenden Tat. Und da ein einzelner diese Tat nicht zu leisten vermag, wie die ganze Geschichte der Krippe uns zeigte, so sind wir verbunden zu gemeinschaftlichem Handeln. Daß Friede werde auf Erden und Gerechtigkeit sei und Glück werde allen Menschen.

Eine Wende der Zeit ist es, die wir erleben. Wer mag da zurückstehen, wo es heißt, aus der Tiefe heraus durch eine befreiende Weltgestaltung endlich die Menschheit zu schaffen, der die Liebe nicht Wort ist, sondern ewige Tat, ewige lebendige, herrliche Freude! —

Die Geschichte der Menschheit feiert ihre Weihnacht in uns.

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Weihnachtsfreude unserer Kleinsten.

Unsere Kleinsten wünschen sich zu Weihnachten mit besonderer Vorliebe aus der Tierwelt Spiele, einen Bären, ein Schäfchen, einen Esel, der beim Nicken schreit, eine Arche Noah, einen Hühnerhof oder ein Bilderbuch, in dem der Wauwau und die Muhkuh zu sehen sind. Mit nichts können wir unsere Kleinsten mehr erfreuen, als mit solchem Spielzeug, und das Kind wird nicht müde, sein Pferdchen zu schirren und abzuschirren und zum Fressen zu bringen und zwischendurch immer wieder lieb zu haben.

Wie ist der Mensch doch in seinem tiefsten, eigentlichen Wesen verwachsen mit der Natur! Und wie hat uns Alle das Leben doch herausgerissen aus diesem Naturgefühl! So herausgerissen uns alle, daß unsere Kinder glücklich sind, wenn wir ihnen zu Weihnachten etwas Ersatz für die echte Natur schenken.

Einst, da konnten wir auch in der Stadt noch Kaninchen haben, und wir hatten wohl auch weiße Mäuse und Meerschweinchen. Aber je dichter das Wohnen wurde, um so mehr schwanden auch die letzten Reste des Lebendigen der Natur aus unserm Heime, und so sehr sind heute große Teile der Jugend der Natur entfremdet, daß, wie die Feststellungen von Lehrern in Großstädten ergeben haben, vielen selbst Begriffe, wie Wald oder Abendrot, völlig fremd sind.

Das kapitalistische Dasein hat uns entfremdet von dem Großen da überall draußen. Es hat uns herausgerissen aus dem weiten Lebendigen, in das wir gehören, wenn wir innerlich nicht verkümmern wollen. Die vier Wände sind nicht der Raum, der Menschen wachsen lassen kann, auch wenn da ein hölzernes Pferd oder ein bandgeschmücktes Schäfchen in den vier Wänden neben unserm Kinde steht. Wir wollen Raum und Freiheit und Naturerleben! Und eine soziale Lage, die uns das alles genießen läßt. Und Zeit! Zeit auch für dieses.

Wie bescheiden sind unsere Kinder! Mit einem hölzernen Hühnerhof sind sie zufrieden und mit Bäumchen dazu aus geschnitztem Holz. Es wäre schon heute manches anders, wenn nicht auch so viele Alte mit diesem unnatürlichen, menschenknechtenden Dasein in den vier Wänden der Wohnküche zufrieden wären und mit einem sozialen Dasein, das nur so schwer ein freies und reines Genießen des weiten Lebens möglich macht.

zur Propaganda des Gedankens des neuen und zeitgemäßen Wohnungsbaues statt. Der Leiter der Gesamtveranstaltung, Genosse Linnecke, konnte am Schluß der Tagung mit Recht zum Ausdruck bringen, daß der Verbandstag der Dewog ein weiterer wichtiger Schritt zur Konzentration der Wohnungsfürsorge sei. Es wurde den Teilnehmern Gelegenheit geboten, die neuen Wohnungsbauten in Hamburg, Altona und Wandsbek zu besichtigen.

Sozialpolitisches

Die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die in jedem Winter einzutreten pflegt, macht sich jetzt infolge der winterlichen Witterung der letzten Wochen in vollem Umfange bemerkbar. Der Zugang an Arbeitslosen kommt in der Hauptsache von den Außenarbeitern in den Saisonberufen, die jetzt fast überall eingestellt worden sind: er tritt demgemäß vor allem in den ländlichen Bezirken in Erscheinung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wird, am 30. November rund 605 000 (männlich 507 000, weiblich 98 000), gegenüber 395 000 am 15. November. Sie ist also um rund 210 000 oder um 53,2% gestiegen. Wesentlich geringer ist die Zunahme in der Krisenunterstützung: hier stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 126 000 am 15. November auf 147 000 (männlich 120 000, weiblich 27 000) am 30. November. Das bedeutet eine Steigerung von rund 21 000 oder 16,7%. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist also vom 15. bis 30. November insgesamt um rund 231 000 auf 752 000 (männlich 627 000, weiblich 125 000) oder um 44,3% gestiegen. Die Industrie hat Arbeiter in nennenswertem Umfange dem Arbeitsmarkt noch nicht zugeführt, ja in manchen Industrien ist noch eine Zunahme des Beschäftigungsgrades festzustellen.

Der Reichstag zur Senkung der Lohnsteuer. Durch die Besserung der Wirtschaftslage und die durch rege Gewerkschaftstätigkeit erreichte Erhöhung der Löhne hat der aus der Lohnsteuer sich ergebende Betrag eine große Höhe erreicht. Deshalb hat die Sozialdemokratische Partei im Reichstag einen energischen Vorstoß in der Richtung der Senkung der Lohnsteuer gemacht. Hierbei konnte auf ein Versprechen Bezug genommen werden, das von der gleichen Koalition in der sogenannten Lex Brüning gemacht wurde. Dieses Versprechen sah eine Erhöhung der Abzüge bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Betrages vor, sofern die Lohnsteuer einen Ertrag von mehr als 1200 Millionen zu verzeichnen hat. Da dieser Betrag in dem gegenwärtigen Rechnungsjahr überschritten wird, so war es an der Zeit, einen Vorstoß in der oben bezeichneten Richtung zu unternehmen. Eine solche Maßnahme erwies sich um so notwendiger, da die Steigerung der Löhne zu einer größeren Steigerung des Ertrages der Lohnsteuer führt. Die sozialdemokratische Fraktion forderte eine Erhöhung des Existenzminimums um 40 M monatlich. Die Regierung konnte dem Drängen nicht widerstehen und reichte eine Vorlage ein, die eine Senkung der Lohnsteuer von 10 auf 9% und eine Erhöhung der Familienabzüge vorsah. Selbst diese unzureichende Maßnahme lehnt der Reichsrat ab. Er stimmte nur der Erhöhung der Familienabzüge, wie sie die Regierung vorgeschlagen hatte, also auf 180 M, zu. Die Regierung hat an ihrem Vorschlag festgehalten. Und da der Reichsrat anders beschlossen hatte, brachte sie eine Doppelvorlage im Reichstag ein. Der Reichstag verhandelte hierüber in der Sitzung vom 12. Dezember, jedoch ist es zu einem Entschluß nicht gekommen. Der Gesetzentwurf wurde dem Steuerausschuß überwiesen. Die Arbeiter und Angestellten haben also nicht viel zu erwarten. Im allerhöchsten Fall kommt es zu einer Senkung der Lohnsteuer von 10 auf 9%. Die Regierung glaubte einen weitergehenden Abzug auch deshalb nicht zulassen zu können, weil die Ausgabensteigerung der Länder anhalte und dadurch größere Beiträge notwendig seien. Daraus ergibt sich die große Gefahr, die der unselige Partikularismus für jede soziale Politik bedeutet. Es muß deshalb energisch der Versuch gemacht werden, die Verwaltungsreformen nach der Richtung durchzuführen, daß die Existenzgrundlage der Einzelländer unterhöhlt wird. Von diesem Reichstag ist nichts zu erwarten. Deshalb wäre es zu wünschen, daß er so bald wie möglich verschwindet und ein neues Parlament diejenigen Reformen in Angriff nimmt, die für die breiten Massen eine absolute Notwendigkeit bedeuten.

Fachtechnisches

Sprechabende für Anstrichtechnik.

Der Fachausschuß für Anstrichtechnik beim Verein deutscher Ingenieure ist dazu übergegangen, das Interesse weiterer Kreise der Ingenieure, Chemiker, Hygieniker, Handwerker und Behörden zu gemeinsamer Bearbeitung zeitgemäßer Aufgaben des Gebietes durch Sprechabende in verschiedenen Orten zu wecken. Diese Sprechabende sollen dem Fachausschuß Gelegenheit geben, Anregungen zu wissenschaftlichen Aufgaben, deren Lösung noch nicht vorliegt, aus den Kreisen der Zuhörer zu empfangen und anderseits die Ergebnisse der Ausschußarbeiten zu besprechen. Dieser letztgenannte Zweck wird erst dann richtig erreicht werden, wenn die von dem Ausschuß vor einiger Zeit eingeleiteten wissenschaftlichen Arbeiten demnächst zu Ergebnissen geführt haben.

Ein erster Sprechabend des Fachausschusses wurde gemeinsam mit dem Reichsausschuß für Metallschutz vor einigen Monaten in Berlin abgehalten über das Thema: „Eisenschutz durch Anstrich." Der Besuch war gut, und die Ansichten der Teilnehmer kamen in einer sehr anregenden Aussprache zur Geltung. Am 6. Dezember hat der Fachausschuß einen weiteren Sprechabend abgehalten, und zwar in Hamburg, gemeinsam mit dem Hamburger Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure und dem Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild. Es waren etwa 300 Teilnehmer erschienen; Professor Dr.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum - - -

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen! - - -

Maaß von der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin sprach über die Bedeutung des Anstrichwesens für den Schiffsbau. Für die Schiffahrtskreise steht naturgemäß der Schutz der Außenhaut eines Schiffes und besonders der im Seewasser liegenden Eisenteile im Vordergrund des Interesses. Vor allem ist es die Abwehr von Pflanzen und Tieren, die sich an den Schiffsboden, an Schleusentore, Schwimmdocks usw. ansetzen. Hier ist die Durchführung wissenschaftlicher Versuche in Anlehnung an bereits früher vorgenommene Arbeiten sehr wichtig. Professor Maaß schilderte das Wesen der Korrision an einigen Beispielen, dann ging er auf die verschiedenen Schutzverfahren ein, insbesondere auf die Anstriche. Anforderungen an Eisenschutzfarben und Aufbau des Farbanstriches wurden im einzelnen auseinandergesetzt, wobei besonders die Verhältnisse im Seewasser berücksichtigt wurden. Es folgte eine eingehende Betrachtung über die Arbeitsvorbereitung, insbesondere über die Entrostungsverfahren, und zum Schluß ein Ueberblick über die Kosten des Anstriches.

Im Anschluß an den Vortrag wurde ein neuer Film vorgeführt, der die Anwendung des Farbspritzens, besonders in den Werkstätten der deutschen Reichsbahn, zeigt.

Die lebhafte Aussprache zeigte deutlich den Wert gemeinsamer Beratungen zwischen den verschiedenen am Schutz industrieller Erzeugnisse und Bauwerke beteiligten Kreise.

Nürnberg. Die Leitung der Berufsfortbildungsschule hatte die Angehörigen des Malergewerbes für den 3. Dezember zu einer Besichtigung der im Herbst dieses Jahres neu eröffneten Berufsschule eingeladen. Gleichzeitig war Gelegenheit gegeben, sich über die bis jetzt von den Lehrlingen und den Tagesschülern des offenen Zeichensaales fertiggestellten Arbeiten ein Urteil zu bilden. Alle Teilnehmer haben den Eindruck mit sich genommen, daß hier eine mustergültige Lehr- und Uebungsstätte geschaffen worden ist. Vorbildliche Räume und der Lehrgang wirken zusammen, um die vielseitigen Mängel auszuschalten, die sich bisher bei der Ausbildung unseres beruflichen Nachwuchses gezeigt haben. Wir begrüßen es, daß dem Gewerbe die Möglichkeit gegeben werden soll, sich auch in Zukunft vierteljährlich über den Fortgang der Kurse zu unterrichten, wodurch über den Rahmen der Schule hinaus manche praktische Anregung für das Berufsleben gegeben werden kann.

Literarisches

Die Büchergilde Gutenberg, das kulturell hochstehende Unternehmen des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 61, Dreibundstraße 5, stellt bei der Herausgabe ihrer Bücher die höchsten Anforderungen, so daß die innere und äußere Ausgestaltung jedes Buches mustergültig ist. Von den neuesten Erscheinungen machen wir unsere Kollegen auf die Werke: „Die Glücksbude", von Ernst Preczang, „Die Geschichte des Tanzes", von John Schikowski, und die Werke Jack Londons aufmerksam. In „Martin Eden" (zwei Bände), einer fesselnden Beschreibung seines eigenen Aufstieges vom einfachen Arbeiter zum weltberühmten Schriftsteller, zeigt sich Jack London am stärksten als Dichter voll suggestiver Kraft, der klar, einfach und immer mit unheimlicher Vitalität Schicksale des einzelnen Menschen und seine Beziehungen zur sozialen Gemeinschaft in einmaligen Werken gestaltet. Diesmal steht er selbst in der Gestalt eines armen Proletariers vor uns, als Abenteurer, großer Künstler und aufrechter Mensch, der unerbittlich seinen Kampf führt gegen alle dunklen Mächte gegenwärtiger Gesellschaftsordnung.

Soeben erschien im Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig C 1: „Zwischen dem Teufel und dem Roten Meer", von Wolfgang von Weisl. 320 Seiten Text; 66 Abbildungen auf Tafeln und 2 Karten. 8,50 M. Ganzleinen 10 M. — Der Verfasser, deutsch-österreichischer Journalist, hat in den letzten Jahren allerlei Fahrten und Abenteuern in Westarabien durchgemacht. Nun legt er über seine Erlebnisse und Erfahrungen das angezeigte packend geschriebene und interessante Buch vor. Es gibt einen tiefen Einblick in den arabischen Wetterwinkel, und der Verfasser versteht es ausgezeichnet, die vielen Einzelfälle seiner abwechslungsreichen und oft schwierigen Reisen und Begebenheiten interessant und fesselnd darzustellen. Weisl hat auch mit den meisten maßgebenden Persönlichkeiten des Landes über seine Gegenwart und Zukunft sprechen können. Politisch ist sein Buch besonders deshalb wichtig, als darin zum erstenmal nach dem Kriege ein vorurteilsloser deutscher Reisender über eigene Beobachtungen berichtet. Seine historischen, völkerkundlichen und Wirtschaftsberichte lenken zwischendurch angenehm von dem Trubel des Tages ab und ihr Eindruck wird bestärkt durch die zahlreichen guten Bildaufnahmen, die zwischen die Seiten des empfehlenswerten Buches zerstreut sind.

Angelica Balabanoff: Erziehung der Massen zum Marxismus. Psychologisch-pädagogische Betrachtungen. Umfang 166 Seiten. In der Schriftenreihe „Neue Menschen", herausgegeben von Prof. Max Adler. Umfang 10½ Bogen. Preis kartoniert 2,50 M, Leinen 3,50 M. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30. Abgesehen von dem Zwecke dieses Buches, den sein Titel anzeigt, gibt es soziale philosophische Anregungen, die auch dem Nichtsozialisten die Lektüre lohnend machen.

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution. Das Werk erscheint in 20 Lieferungen — pro Lieferung 40 ₰ — im „Neudeutscher Verlag", Willi Münzenberg, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48. Mitarbeiter sind die hervorragendsten Führer und Teilnehmer der russischen Revolution. Zahlreiche wichtige historische Dokumente kommen darin zur Veröffentlichung.

Kulturwille Nr. 12, 4. Jahrgang. Sonderheft „Verlage". Eine überaus geschickt konstruierte Titelseite deutet auf den reichen Inhalt dieser Sondernummer hin. Der Leser findet auf engem Raum einen Ueberblick über die Arbeit der deutschen Verlage. Man sollte wünschen, daß zum mindesten jeder Funktionär und jeder interessierte Arbeiter den Kulturwillen, das eines der besten Bildungsblätter darstellt, abonniert. Wo keine Möglichkeit besteht, den Kulturwillen durch die Volksbuchhandlungen zu beziehen, genügt Bestellung beim Postamt des Wohnortes. Jahresabonnement 3 M. Einzelnummer 30 ₰. Der Verlag versendet auf Wunsch gern Probenummern.

Die „Bücherwarte" mit Beilage „Arbeiterbildung". Der Abonnementspreis dieser vorzüglichen Zeitschrift beträgt 1,50 M vierteljährlich durch die Post. Einzelnummern kosten 75 ₰. Verlag Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

„Arbeiter-Sprachzeitung". Das zweite Heft dieser sozialistischen Monatsschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist soeben erschienen. Neben Artikeln sprachwissenschaftlicher Natur enthält das zweite Heft u. a. die Rubrik „Englisch für Anfänger" und „Englisch für Vorgeschrittene". Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahresabonnement (3 Nummern) 1 M. Bestellungen sind zu richten an die „Arbeiter-Sprachzeitung", Berlin W. 57, Zietenstraße 6a.

„Unter Tag". Bergbau- und Bergarbeiterdichtung unserer Zeit. Zusammengestellt von Franz Osterroth. Für die „Reihe der deutschen Arbeiterdichter". Kart. 50 ₰, Halbleinen 90 ₰, Halbleder 2,50 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61.

Schriften für Volksgesundheit. Im Verlag: Verband „Volksgesundheit", Dresden A. 1, Am Schießhaus 17, sind neu erschienen:

Die Sozialisierung des Heilwesens. Von Hermann Wolf. Preis 50 ₰.

Die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl. Von Hermann Wolf; mit 13 Abbildungen. Preis 50 ₰. Diese aufklärenden Schriften verdienen weiteste Verbreitung.

Im Winkel des Lebens. Von Oskar Maria Graf. Mit Holzschnitten von Walter Bergmann. 196 Seiten. Verlag Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreibundstraße 5. Ganzleinen 1,50 M. — Der junge Arbeiterdichter O. M. Graf, der durch sein großes Bekenntnisbuch „Wir sind Gefangene" zu plötzlicher Berühmtheit kam, gibt in diesem Buch sieben Geschichten aus dem oberbayerischen Bauernleben. Menschen, der Erdscholle verhaftet, klobig, grantig, dickschädelig, in Banne ihrer Schicksale, stellt der Dichter blutvoll und lebenswahr vor uns hin. Wie das Leben selbst, sind auch diese Erzählungen von Sonderlingen, Schelmen und seltsamen Naturmenschen voll Lachen und Weinen. Jeder, der Geschmack und Freude an Einfachheit, Wahrheit und Natürlichkeit findet, sollte zu diesem Band Dorfgeschichten greifen.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart, Redakteur: Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1927. Für jeden Gewerkschafter ist diese wissenschaftlich geleitete Zeitschrift unentbehrlich; jedes Monatsheft kostet nur 1 M.

„Die Gemeinde." Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Sie ist unentbehrlich für alle in den Kommunen wirkenden Genossen und Genossinnen und kann zum Preise von monatlich 90 ₰ durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden.

Arthur Koch: „Als Arbeiterdelegierter in Rußland". Zweite Arbeiterdelegation 1926. Druck und Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg. Preis 30 ₰.

Illustrierte Reichsbannerzeitung. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Diese belehrende, wöchentlich erscheinende republikanische Zeitschrift muß in allen Kreisen Eingang finden. Die Einzelnummer kostet 25 ₰.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, St.-Jakob.-Straße 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Der Wahre Jacob. Illustrierte Zeitung für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntägig und kann durch die Post, Buchhandlungen oder den Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, bezogen werden. Preis der Nummer 30 ₰.

Vom 18. bis 24. Dezember ist die 51. Beitragswoche.

Vom 25. bis 31. Dezember ist die 52. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Dresden. Am 25. November starb nach langer Krankheit (Bleikrankheit) unser treuer Kollege Johannes Scholl im Alter von nur 37 Jahren. — Nach kurzem aber schwerem Leiden starb am 3. Dezember unser langjähriges treues Mitglied Ernst Richter im Alter von 53 Jahren infolge einer Blutvergiftung. Kollege Richter zählte 1927 mit zu unsern Jubilaren und war jahrelang ein gewissenhafter Unterkassierer.

Magdeburg. Am 6. Dezember starb unser invalider Kollege Hermann Eibner nach 29jähriger Mitgliedschaft im Alter von 75 Jahren.

Mannheim. Am 9. Dezember starb unser langjähriges Mitglied, Kollege Michael Gleich (Ludwigshafen) im Alter von 63 Jahren. Er war über 40 Jahre Mitglied unseres Verbandes und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit.

Nürnberg. Am 3. Dezember starb an den Folgen eines Herzschlages unser treuer Kollege Karl Fugger, geboren am 14. Februar 1868 zu Gunzenhausen.

Regensburg. Am 12. Dezember starb unerwartet unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Filiale Hans Schwarz, 53 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Warnung.

Aus verschiedenen Filialen Rheinlands und Westfalens wird uns berichtet, daß dort ein gewisser Walter Gülich auf schwindelhafte Weise Unterstützung zu erhalten wußte. Gülich ist bei uns nicht Mitglied. Alle Filialen sind hiermit vor diesem Kollegen gewarnt.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.